

Stefan Scholl

# BESCHWERDE- UND BITTSCHREIBEN VON MANNHEIMER BÜRGERN/-INNEN WÄHREND DES NATIONALSOZIALISMUS

## EINE ANALYSE ALLTAGSSPRACHLICHER KOLLUSION ANHAND VON AUSGEWÄHLTEN BEISPIELEN

Der Verfasser ist promovierter Historiker und wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt „Sprachliche Sozialgeschichte 1933 bis 1945“ am Leibniz-Institut für Deutsche Sprache, Mannheim.

Der Alltagssprache während des Nationalsozialismus auf den Grund zu gehen, ist kein einfaches Unterfangen, bedarf es hierfür doch geeigneter Quellen in ausreichender Quantität, die über alltäglichen Sprachgebrauch Auskunft zu geben vermögen. Wohl auch aus diesem Grund hat sich die linguistische Forschung zur NS-Zeit lange auf die engere Propagandasprache und vor allem Texte prominenter Nationalsozialisten wie Goebbels und Hitler konzentriert. Wortschatz und stilistische Merkmale der nationalsozialistischen Propagandasprache sind mittlerweile gut dokumentiert (vgl. Braun 2007; Schmitz-Berning 2007), wengleich nach wie vor fraglich erscheint, inwieweit die oft beschriebenen sprachlichen Charakteristika typisch und exklusiv nationalsozialistisch waren. Was jedoch noch wichtiger ist: Die „sprachlichen Verhältnisse“ (Maas 1984, S. 10; Sauer 2017, S. 976) während des Nationalsozialismus gehen in der Herrschaftssprache, die uns vor allem in offiziellen Propagandatexten begegnet, nicht auf.

### DER ALLTÄGLICHE SPRACHGEBRAUCH IM NATIONALSOZIALISMUS IST NOCH WEITAUS GRÜNDLICHER ZU ERFORSCHEN

Den situativ variablen, nach Akteursgruppen, Diskurspositionen und Kommunikationssituationen zu spezifizierenden alltäglichen Sprachgebrauch breiterer Teile der Bevölkerung zu erforschen, haben sich daher seit Frühjahr 2018 die Projekte „Sprachliche Sozialgeschichte 1933 bis 1945“ (Leibniz-Institut für Deutsche Sprache Mannheim) und „Heterogene Widerstandskulturen. Sprachliche Praktiken des Sich-Widersetzens von 1933 bis 1945“ (Universität Paderborn) vorgenommen (Kämper 2018; Schuster 2018).<sup>1</sup> Sie gehen der These nach, dass in Situationen alltäglichen Sprachgebrauchs unterschiedliche Formen von Übernahmen und Modifizierungen von sowie Alternativen zu typisch nationalsozialistischen Sprachelementen aufzufinden sind. Die Projekte fragen nach Formen der sprachlichen Aneignung, des Sich-Einschreibens, aber

auch des Widersprechens verschiedener Akteure im Diskurs. Spezielles Augenmerk wird auf sprachlich konstruierte Selbst- und Fremdbilder sowie Zeit- und Raumkonstruktionen gelegt. Der Nationalsozialismus als Kommunikationsraum erscheint mithin geprägt von situativ unterschiedlicher sprachlicher Kollusion unter spezifischen Diskursbedingungen.

### WEITE TEILE DER BEVÖLKERUNG PARTIZIPIERTEN SPRACHLICH AN NATIONALSOZIALISTISCHEN DISKURSEN

Der Terminus ‚Kollusion‘, der bereits 1989 von Utz Maas als Analyseperspektive vorgeschlagen wurde (Maas 1989, S. 165), versucht, die von der alltagsgeschichtlich interessierten NS-Forschung nun bereits seit Längerem herausgearbeiteten Phänomene des alltäglichen Arrangements, des (begeisterten, indifferenten oder erzwungenen) Mitmachens, des Sich-Einbringens, aber auch die begrenzten Spielräume devianten Verhaltens, etwa in Form von Gegendiskursen, sprachanalytisch einzufangen (Lüdtke 2016, S. 11; Sauer 2017, S. 978 ff.). Speziell die Sprachwissenschaftlerin Geraldine Horan hat in diesem Sinne vorgeschlagen, nationalsozialistische Diskurse als partizipatorische, durch gemeinsame sprachliche Alltagspraktiken ko-konstituierte Diskurse zu begreifen (Horan 2007; 2014). Das, was sie charakterisierte, sei weniger in Begriffen wie Manipulation zu suchen, sondern vielmehr in der Bereitschaft und Fähigkeit breiter Teile der Bevölkerung, sie zu benutzen, sich in sie einzuschreiben – zum Beispiel durch das sprachliche ‚Performen‘ nationalsozialistischer Identität – und sie damit wiederum zu vollziehen und (neu) zu schaffen (Horan 2007, S. 56-65). Angesichts des ausgrenzenden Charakters des Nationalsozialismus ist allerdings offensichtlich, dass die Möglichkeit zur Partizipation an nationalsozialistischen Diskursen nicht allen Menschen in gleicher Weise gegeben war. Hier wäre wiederum spezifischer da-

nach zu fragen, welche sprachlichen Praktiken von integrierten ‚Volksgenossen‘, welche von Ausgegrenzten und Verfolgten vollzogen wurden, um ihre Anliegen zu formulieren. Außerdem sollte die Rede von der Nutzung oder des Sich-Einschreibens in nationalsozialistische Diskurse nicht dahingehend missverstanden werden, dass die Schreibenden vollkommen bewusst und quasi virtuos über die Sprache verfügten oder klare Vorgaben einfach nur anwendeten. Vielmehr ist angesichts des diffusen und teils widersprüchlichen Charakters nationalsozialistischer Ideologie ein Herantasten und manchmal ‚fehlerhaftes‘ Navigieren der Sprechenden und Schreibenden als Merkmal der Ko-Konstruktion zu erwarten.

### **SCHREIBEN DER BEVÖLKERUNG AN BEHÖRDEN UND PARTEINSTANZEN IM NATIONALSOZIALISMUS**

Gewiss ist also, dass ein Fokus auf alltagsprachliche Kollusion die Einbeziehung von Quellensorten jenseits von Reden und zeitgenössischer Publizistik notwendig macht. Die historische Forschung zum Nationalsozialismus hat in den letzten Jahren verstärkt Tagebücher (Steuwer 2017; Garbarini 2006), Feldpost- und andere private Briefe (Latzel 1998; Müller 2007; Diekmannshenke 2018), Gesprächsprotokolle von Kriegsgefangenen (Neitzel / Welzer 2011; Römer 2012) oder Denunziationsschreiben (Diewald-Kerkmann 1994; Thonfeld 2003) in den Blick genommen, wenngleich die Analysen nicht immer im engeren Sinne auf die sprachliche Beschaffenheit gerichtet waren und daher auch für diese Quellensorten noch erheblicher Forschungsbedarf besteht.

### **DIE IM NATIONALSOZIALISMUS MASSENHAFT VERSENDETEN BESCHWERDE- UND BITTSCHREIBEN AUS DER BEVÖLKERUNG BIETEN EIN EINZIGARTIGES SPRACHLICHES ANALYSEMATERIAL**

Eine weitere Möglichkeit, Einblicke in den Sprachgebrauch breiterer Teile der Bevölkerung zu erlangen, bieten Beschwerde- und Bittschreiben – Eingaben und

Gesuche, die in Massen an lokale Behörden, Parteigliederungen bis hin zur obersten Führungsebene und mithin Hitler selbst gerichtet wurden. Während Ausmaß, Charakter und Funktion von Eingaben beispielsweise für die DDR relativ gut erforscht sind, steht deren systematische Untersuchung für die NS-Zeit noch aus (Merl 2012, S. 86). Lediglich für den Themenkomplex der Zwangssterilisation verweisen mehrere Studien auf (zumeist erfolglose) Protest- und Bittschreiben der Betroffenen und deren Argumentationsmuster (Bock 1986; Vossen 2001, S. 271-324; Braß 2004, S. 156-169; Christians 2013, S. 189-197). Thomas Pegelow Kaplan (2009) hat außerdem gezeigt, welche diskursiven Strategien als ‚Juden‘ oder ‚jüdische Mischlinge‘ klassifizierte Menschen in Eingaben an das Reichssippenamt und andere Instanzen erprobten.

Dem massenhaften Phänomen des Briefeschreibens an Behörden und Parteiinstanzen wird der Stand der Forschung allerdings noch nicht gerecht. Insbesondere der US-amerikanische NS-Historiker Robert Gellately hat wiederholt betont, dass das „Briefschreiben an ‚die Behörden‘ [...] zu einer beliebten Form staatsbürgerlicher Betätigung im nationalsozialistischen Deutschland“ wurde (Gellately 2002, S. 278). Dies spreche dafür, dass die Bevölkerung begann, „Eingriffe des Systems in ihr Alltagsleben zu erwarten“, zugleich aber damit rechnete, „die Behörden ‚von unten‘ zu einem Verhalten in ihrem Sinne bestimmen oder manipulieren zu können, wenn sie Informationen lieferten oder sich auf bestimmte, nicht einmal explizit erwähnte offizielle Werte beriefen.“ (Gellately 2002, S. 276). Die strategische, gleichwohl ‚eigensinnige‘ und individualistisch gewendete Aneignung nationalsozialistischer Diskurs-elemente in Schreiben der Bevölkerung hat auch der Historiker Moritz Föllmer unterstrichen. Wie er ausführt, beriefen sich „zahlreiche Deutsche auf das Leitbild der ‚Volksgemeinschaft‘, um Forderungen an Partei oder Staat zu stellen.“ Dabei sei vor allem bemerkenswert, „dass sie eine Berücksichtigung ihrer jeweiligen Situation einklagten und damit die nationalsozialistischen Ideologeme individualistisch interpretierten. Immer wieder wurde wortreich argumentiert, dass sich die eigene Lage nicht nach bürokratischen



Abb 1: Lesesaal MARCHIVUM

Maßstäben beurteilen lasse. [...] Die zahlreichen persönlichen Schreiben an bekannte Protagonisten des Regimes unterstrichen dieses Streben nach individueller Anerkennung und Unterstützung, auf die man im ‚wohlgeordneten Hitlerstaat‘ ein Recht zu haben glaubte“ (Föllmer 2013, S. 39 f.).

Aus diesen ersten Einschätzungen geht hervor, dass die Sprache, die uns in Schreiben der Bevölkerung an Behörden und Partei begegnet, Teil einer spezifischen, von Machtasymmetrien gekennzeichneten Kommunikationssituation war, die es jeweils zu beachten gilt. Zeitlicher und räumlicher Kontext, thematisches Anliegen sowie die diskursiven Positionen der Schreibenden und Adressaten waren dabei wichtige Variablen. Die Schriftstücke geben ferner weniger Auskunft über die ‚wahre‘ ideologische Überzeugung der Schreibenden, als vielmehr darüber, welche Argumentationsmuster und sprachlichen Referenzen ihnen in der Kommunikationssituation erfolgsversprechend erschienen. Sie reagierten damit auch sprachlich auf die Anforderungen der Selbstpositionierung zum NS-Regime.

Die Bandbreite der in den Schreiben vorzufindenden Diskurspositionen und Argumentationsmuster soll im Folgenden anhand von drei exemplarisch ausgewählten Beispielen angedeutet werden. Im Mittelpunkt stehen die in ihnen formulierten Selbst- und Fremdbilder, die wiederum oft eine zeitliche Dimension beinhalten. Die Beispiele stammen aus einer ersten Phase der Materialrecherche im MARCHIVUM, dem Stadtarchiv Mannheim, in deren Rahmen ca. 100 Beschwerde- und Bittschreiben gesichtet wurden.<sup>2</sup> Es handelt sich weniger um eine quantitativ belegte und abgeschlossene Betrachtung, als um erste explorative Analyseversuche, die das Erkenntnispotenzial dieser Quellen sichtbar machen sollen.

### Alltagsprachliche Kollusion in exemplarisch ausgewählten Beschwerde- und Bittschreiben ‚Opfer‘ und ‚Verdienste‘ ‚alter Parteigenossen‘

Im Juli 1933 sah sich SA-Mitglied Karl F. aus Mannheim veranlasst, einen Beschwerdebrief an Adolf Hitler zu richten:

Hiermit erlaube ich mir höflichst folgendes auszuführen: Seit November 1930 stehe ich in der nationalsozialistischen Bewegung als S.A.-Mann und seit August 193[?] gehöre ich der politischen Führung an, zuletzt als Zellenwart.

Im Juni ds. J. ist mir nun ein Fall widerfahren, der mir Veranlassung gibt, diese Beschwerde einzureichen.

Es folgt die etwas komplizierte Schilderung des „Falls“: Auf dem Weg zu einer Parteiversammlung hatte er vor einem „jüdischen Geschäft“ den ihm bekannten Hausmeister, „selbst Mitglied der NSBO“, getroffen, der ihn mit in den Keller des Geschäfts genommen habe, um ihm eine Kiste mit von ihm zerrissenen schwarz-rot-goldenen Fahnen zu zeigen. In diesem Moment sei der „Obmann des Hauptgeschäfts dieser jüdischen Firma“ dazugekommen. Nachträglich habe dieser Beschwerde gegen ihn eingelegt und ihn einer widerrechtlichen Hausdurchsuchung beschuldigt. Der „neue“ NSDAP-Ortsgruppenleiter habe ihn daraufhin von seinem Posten als Amtswalter enthoben.<sup>3</sup> Karl F. fuhr fort:

In dieser Handlung und der Art und Weise ihrer Entstehung erblicke ich als alter Parteigenosse eine schwere Kränkung & Zurücksetzung, denn ich kann ohne Ueberhebung versichern, dass ich mich für die Idee des Nationalsozialismus und für die überragende Persönlichkeit unseres grossen Führers in all’ den Zwischenjahren immer rückhaltlos und aufopfernd eingesetzt habe und verweise weiterhin auf die nachweisbare Tatsache, dass ich mit meiner gesamten Familie, früher in einem ausgesprochenen Kommunistenviertel wohnend, von beinahe 300 Mann

einmal ueberfallen und schwer misshandelt worden bin und sind mir bei dieser Gelegenheit auch Möbelstücke kurz und klein geschlagen worden.

Es wird niemand verärgern können, wenn ich den Entschluss des Ortsgruppenführers als einen bitteren Undank empfinde, denn ich habe – was ich immer wieder versichern kann – die unterstellte Handlung keinesfalls begangen und erblicke in der Massregelung direkt eine Referenz vor dem jüdischen Geschäft, aber keinesfalls eine auch nur entfernt der Sache gerecht werdende Handlung.

Ich bitte hiermit, mich in mein Amt als Amtswalter wieder einzusetzen und darf schliesslich doch versichern, dass ich unbeschadet dieser menschlich-kleinlichen Entgleisung in alter Treue zur Bewegung des Nationalsozialismus und zu unserem so grossen und erhabenen Führer stehen bleiben werde, in der sicheren Annahme, dass die Gerechtigkeit auch hier siegen wird.

In unverbrüchlicher Treue  
Heil Hitler!“ (Karl F. 1933).

Mehrere Aspekte dieses Schreibens sind hinsichtlich der Dimensionen alltagsprachlicher Kollusion bemerkenswert. Zum einen sind die Bezeichnungen hervorzuheben, mit denen Karl F. sich selbst darstellt: „S.A.-Mann“, „Zellenwart“ und „alter Parteigenosse“. Auffällig ist hierbei, dass diese Selbstbezeichnungen stets in der Verbindung mit „ich als“ auftreten, die als diskursive Positionierung noch einmal verstärkend wirkt. Die Fremdbezeichnungen, die in dem Brief zu finden sind, lassen sich wiederum in tendenziell positive und tendenziell negative unterteilen. Auf der positiven Seite erscheinen der ihm bekannte Hausmeister, „der selbst Mitglied der NSBO ist“, ein Einschub, der dessen Kreditabilität bezeugen soll, sowie „die überragende Persönlichkeit unseres grossen Führers“. Auf der negativen Seite wird der „Obmann des Hauptgeschäfts dieser jüdischen Firma“ benannt. Ob dieser selbst jüdisch ist, geht zwar nicht aus dem Schreiben hervor, jedoch lässt Karl F. ihn durch die enge Verbindung zur „jüdischen Firma“ und durch die Bekundung, die Beschwerde gegen ihn sei „in einer gewiss wenig offenen Art“ erfolgt, in einem negativen Licht erscheinen. Der Leiter der NSDAP-Ortsgruppe Humboldt schliesslich, der ihn seines Amtes enthoben hatte,

wird als „der neue Leiter“ eingeführt, was in auffälligem Kontrast zu der wenige Zeilen später erfolgenden Selbstbezeichnung „als alter Parteigenosse“ steht.

## VIELE SCHREIBENDE VERWIESEN AUF VERGANGENE VERDIENSTE UND ERBRACHTTE OPFER FÜR DIE NATIONALSOZIALISTISCHE ‚BEWEGUNG‘

Die temporale Dimension, hier manifestiert in Form eines Gegensatzes zwischen einem „neuen“ Ortsgruppenleiter, der einen „alten Parteigenossen“ seines Postens entkleidet, findet sich an mehreren Stellen des Schreibens, und zwar sowohl in Vergangenheits- wie in Zukunftsbezügen. Neben der Selbstbezeichnung „als alter Parteigenosse“ dient der Bezug auf die vergangene Zeit vor allem als Ausweis der eigenen Verdienste und Opfer für die nationalsozialistische Bewe-

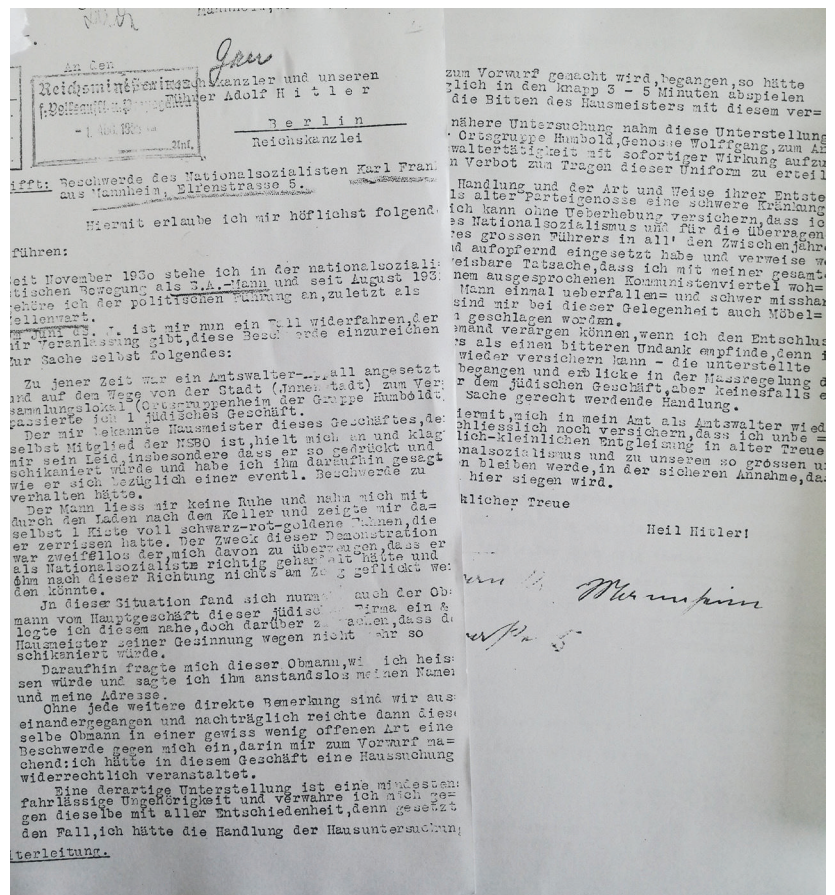


Abb. 2: Brief des Karl F. an Adolf Hitler

gung: „in all' den Zwischenjahren“ habe er sich „immer rückhaltlos und aufopfernd“<sup>4</sup> „für die Idee des Nationalsozialismus und für die überragende Persönlichkeit unseres grossen Führers [...] eingesetzt“. Die dann konkret geschilderte Episode, die nicht näher zeitlich eingeordnet wird („einmal“), soll noch einmal die erlittenen Anfeindungen belegen, wobei die attributiven Formulierungen („mit meiner gesamten Familie“, „in einem ausgesprochenen Kommunistenviertel“, „von beinahe 300 Mann“, „schwer misshandelt“) die Darstellung besonders dramatisieren. Auf die Zukunft nimmt der Beschwerdeführer schließlich im letzten Abschnitt Bezug, in dem er versichert, dass er auch weiterhin treu zur „Bewegung“ und zu Adolf Hitler stehen werde, da er davon ausgehe, dass die „Gerechtigkeit“ in seinem Fall siegen werde. Gewissermaßen schließt sich hier seine Selbstkonstruktion, die von vergangener und zukünftiger „Treue“ gerahmt ist, der gegenüber die gegenwärtige „Zurücksetzung“ als „schwere Kränkung“, „bittere[r] Undank“, schließlich aber „menschlich-kleinliche [...] Entgleisung“ erscheint. Speziell letztere Bezeichnung steht im Kontrast zu der Vergangenheit und Zukunft übergreifenden Haltung des Schreibenden, die in der Schlussformel „In unverbrüchlicher Treue“ noch einmal unterstrichen wird.

#### **Loyalitätsbekundungen von Nicht-,Parteigenossen'**

Während es vor allem langjährigen NSDAP-Parteimitgliedern leicht fiel, auf ihre Verdienste und Opfer während der ‚Kampfzeit‘, d. h. der 1920er und frühen 1930er Jahre der Weimarer Republik, zu verweisen, war dies für Personen, die keine Parteimitglieder waren, schwieriger – zumal, wenn sie in den Verdacht gerieten, entgegen nationalsozialistischen Verhaltensnormen zu handeln. Dennoch versuchten auch solche Personen, ihre Loyalität zu bekunden, wie das folgende Beispiel eines Gastwirtes aus dem Jahre 1936 zeigen soll.

Im September 1936 reagierte der Betreiber des Lokals „Pergola“, Carl B., auf eine bei der NSDAP-Kreisleitung eingegangene Anzeige, die ihn bezichtigte, Fleisch von jüdischen Lieferanten zu beziehen. An den Kreisleiter der NSDAP in Mannheim, Reinhold Roth, schrieb er:

Hierzu möchte ich nun Folgendes bemerken:

Wir waren seinerzeit das erste Lokal, das den Zutritt den Juden verboten hat, ehe der Zwang der Schilderanbringung durch die Gastwirteinnung eingeführt wurde. Dass die Pergola [sein jetziges Wirtshaus, S. Sch.] seinerzeit unter Melchior's Regime tatsächlich ein verjüdeltes war, war in Mannheim genügend bekannt. In meinem [alten, S. Sch.] Lokal verkerten [sic] seinerzeit was Ihnen nicht unbekannt ist, die alten Vorkämpfer der Bewegung ferner der gesamte S.S. Abschnitt XXIX mit ihrem Brigadeführer Herrn Wilh. Starck, über 2 Jahre lang, Herr Starck, der Träger des Blutordens ist, ist fast täglich persönlich & mit seiner Familie bei uns verkehrt, das er sicherlich als Träger des Blutordens vermieden hätte, wenn wir nicht eine unbedingte national. Einstellung hätten. Ich beziehe mein Fleisch nur von christlichen Metzgern & bitte ich Sie doch Einsicht in meine Bücher nehmen zu lassen, Sie werden bei mir nicht einen jüdischen Lieferanten finden.

Da wir bei der seinerzeitigen Fleischknappheit weder von unserem ständigen Metzger Ott noch vom Schlachthof, durch den wir auch sehr viel beziehen, Fleisch bekommen konnten, habe ich auf Anraten eines Gastes telef. bei Metzgerei Schott angerufen, durch den ich noch nie etwas bezogen hatte [...]. Es war letztlich ein Notkauf [...].

Die Denunziation die hierüber zu Ihnen gelangte ging von dieser Bedienung aus, die eine durchaus kommunistische Einstellung hat & ich musste sie wegen verschiedener Vorkommnisse entlassen, dies ist nun die Rache, mit der sie glaubt mich zu schlagen.

Ich versichere Sie hiermit dass in meinen Betrieb kein Jude liefert & ausser vorstehendem Notkauf nicht mehr liefern wird.

Bereits im Rosenstock 1927-1931 haben wir eifrig für die heutige Bewegung geworben, ebenso im Malepartus 1931-1933, wo wir mit die ersten Abonenten [sic] des Hakenkreuzbanners waren & auch seit Bestehen desselben die Zeitung öffentlich in unserem Lokal aushingen, lange vor der Gründung des Dritten Reiches. Wir berufen uns auf P.G. Thele & Frau, welche sehr häufig im Malepartus bei uns verkehrten, die unsere Einstellung genau kennen.

Herr Brigadeführer, jetzt Polizeidirektor Willi Stark der z. Zt in Augsburg beheimatet ist, wird im Oktober bei uns zu Besuch weilen & gerne über unsere Gesinnung & Einstellung mit Ihnen sprechen.

Der Ruf unseres Lokales ist sehr schwer zu ändern, da wir aus Konkurrenzneid sehr schwere Kämpfe mit unserem Nachbar Herr Heiler zu bestehen haben.

Vielleicht haben Sie die Güte mir eine kurze Aussprache zu gewähren da es sehr angebracht wäre auch hier einmal Aufklärung zu schaffen & für reinen Tisch zu sorgen. Heil Hitler“. (Carl B. 1936)

Die Zurschaustellung und sprachliche Performanz nationalsozialistischer Gesinnung liegt hier auf zwei miteinander verflochtenen Ebenen, nämlich der temporalen Ebene der langen Unterstützung sowie der damit verknüpften Ebene eigener antisemitischer Handlungen.

### **OFT SOLLTE DER VERWEIS AUF DIE EIGENE ANTISEMITISCHE EINSTELLUNG AFFINITÄT ZUM NATIONALSOZIALISMUS KOMMUNIZIEREN**

Letztere nimmt einen zentralen Platz in der Argumentation ein, da ja gerade der Vorwurf der ‚Judenfreundlichkeit‘ entkräftet werden muss. So wird gleich zu Anfang betont, dass man als erstes Lokal, sozusagen vorausseilend, „den Juden“ den Zutritt verboten habe. Neben der Kennzeichnung des Lokals unter der Führung seines Vorgängers mit dem pejorativen Attribut „verjüdet“ weist er mehrmals darauf hin, dass bis auf einen eingeräumten „Notkauf“ „in [s]einen Betrieb kein Jude liefert & [...] nicht mehr liefern wird.“ Besitzen also zum einen die antisemitischen Bekundungen eine zeitliche Dimension, läuft auch das Ausweisen seiner Nähe zum Nationalsozialismus über die Zeitschiene. Da er sich selbst jedoch nicht als ‚alter Kämpfer‘ inszenieren kann, verweist er darauf, dass in seinem vorherigen Lokal die „alten Vorkämpfer der Bewegung“ und „ferner der gesamte S.S. Abschnitt XXIX mit ihrem Brigadeführer Herrn Wilh. Starck“ Stammgäste gewesen seien. Speziell der regelmäßige Besuch des Letzteren, „Träger des Blutordens“, soll seine „un-

bedingte nationals. Einstellung“ bezeugen. In einer weiteren Passage brüstet sich der Beschwerdeführer damit, schon seit 1927 „eifrig für die heutige Bewegung geworben“ zu haben. Sie seien „mit die ersten Abonenten [sic] des Hakenkreuzbanners“, der NSDAP-Parteizeitung für Baden und Mannheim, gewesen und hätten diese schon „lange vor der Gründung des Dritten Reiches“ öffentlich im Lokal ausgehängt. Sehr deutlich sticht hier hervor, wie über die zeitlichen Zuordnungen eine Vorreiterstellung in der Unterstützung des Nationalsozialismus begründet werden soll, obwohl der Schreibende selbst anscheinend kein ‚Partei-genosse‘ war.<sup>5</sup>

### **Einschreibungsversuche ausgegrenzter Personen**

Eine noch weitaus ungünstigere Diskursposition bei der Formulierung von Bittschreiben oder Beschwerden in eigener Sache besaßen Menschen, die aus rassistischen Gründen diskriminiert und aus der ‚Volksgemeinschaft‘ ausgeschlossen wurden, d. h. vor allem Deutsche jüdischer Herkunft sowie weitere als ‚minderwertig‘ eingestufte Bevölkerungskreise. Und doch traten auch sie in Kommunikation mit Behörden und Parteiinstanzen, um eine Verbesserung ihrer Situation zu erreichen – wenn auch in den meisten Fällen vergeblich. Die Art und Weise, wie sie ihre Anliegen formulierten, war höchst unterschiedlich. Das folgende Beispiel deutet die Bandbreite möglicher diskursiver Strategien daher lediglich an.

Am 15. Mai 1933 richtete Prof. Dr. Samuel B. ein Gesuch an das Badische Unterrichtsministerium, das ihn vor der Entlassung aus der Mannheimer Lessingschule aufgrund des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933 (Barkai 1988, S. 45 ff.; Friedländer 1998, S. 40 ff.) bewahren sollte. Da das Schreiben mehrere Seiten umfasst, kann es hier nur auszugsweise wiedergegeben werden:

Der Unterzeichnete gestattet sich unter Bezugnahme auf die dritte Durchführungsverordnung zum Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums § 3 Absatz 2, dem Badischen Unterrichtsministerium ganz ergebenst seine Verhältnisse darzulegen.

Ich entstamme väterlicher- und mütterlicherseits alteingesessenen süddeutschen jüdischen Familien. Von meinem Grossvater väterlicherseits erfuhr ich persönlich, dass sein Urgrossvater in Billigheim bei Mosbach ansässig gewesen war. In meinem elterlichen Hause, in welchem die Sittenstrenge des verantwortungsbewussten Religionslehrers als selbstverständliche Grundlage für jede Lebensbetätigung galt, herrschte von jeher ein durchaus ernster nationaler Geist. Mein Vater und ich gehörten der nationalliberalen Partei bis zu ihrer Auflösung an. Hiernach schlossen wir uns, dem Beispiel nationaler badischer Männer wie Rebmann folgend, dem rechten Flügel der demokratischen Partei bezw. der Staatspartei an, in der ich mich allerdings in keiner Weise betätigt habe. [...]

Am 6. Juni 1912 erhielt ich meine Urkunde über den Eintritt in das Beamtenverhältnis mit Wirkung vom 8. Mai desselben Jahres. [...]

Als Ersatz-Rekrut des R.I.R.239 sollte ich im Oktober 1914, weil nur für g.v. befunden, vom Sennelager bei Paderborn nach Mannheim entlassen werden. Anstatt zurückzukehren, meldete ich mich jedoch freiwillig zum Militärdolmetscherdienst im Gefangenenlager Sennelager, da es hier an Dolmetschern fehlte. Bis zum 22. November 1918 versah ich den genannten Dienst. [...] Dazu gehörten u. a. Prüfung der einzustellenden Dolmetscher, politischer Aufklärungsdienst unter den Kriegsgefangenen im deutschnationalen Sinne. [...] Mit der Novemberrevolution ist meine Beförderungsfrage hinfällig geworden. [...]

Seit Ende 1918 unterrichte ich bis zum Tag meiner Beurlaubung am 6. April 1933 an der Lessingschule die Fächer Deutsch, Philosophie, Latein (wahlfrei), Französisch, Englisch, Geschichte und Erdkunde. [...] Ich habe es meiner vorgesetzten Behörde zu überlassen, über meine Leistungen zu urteilen. Nur etwas Selbstverständliches erlaube

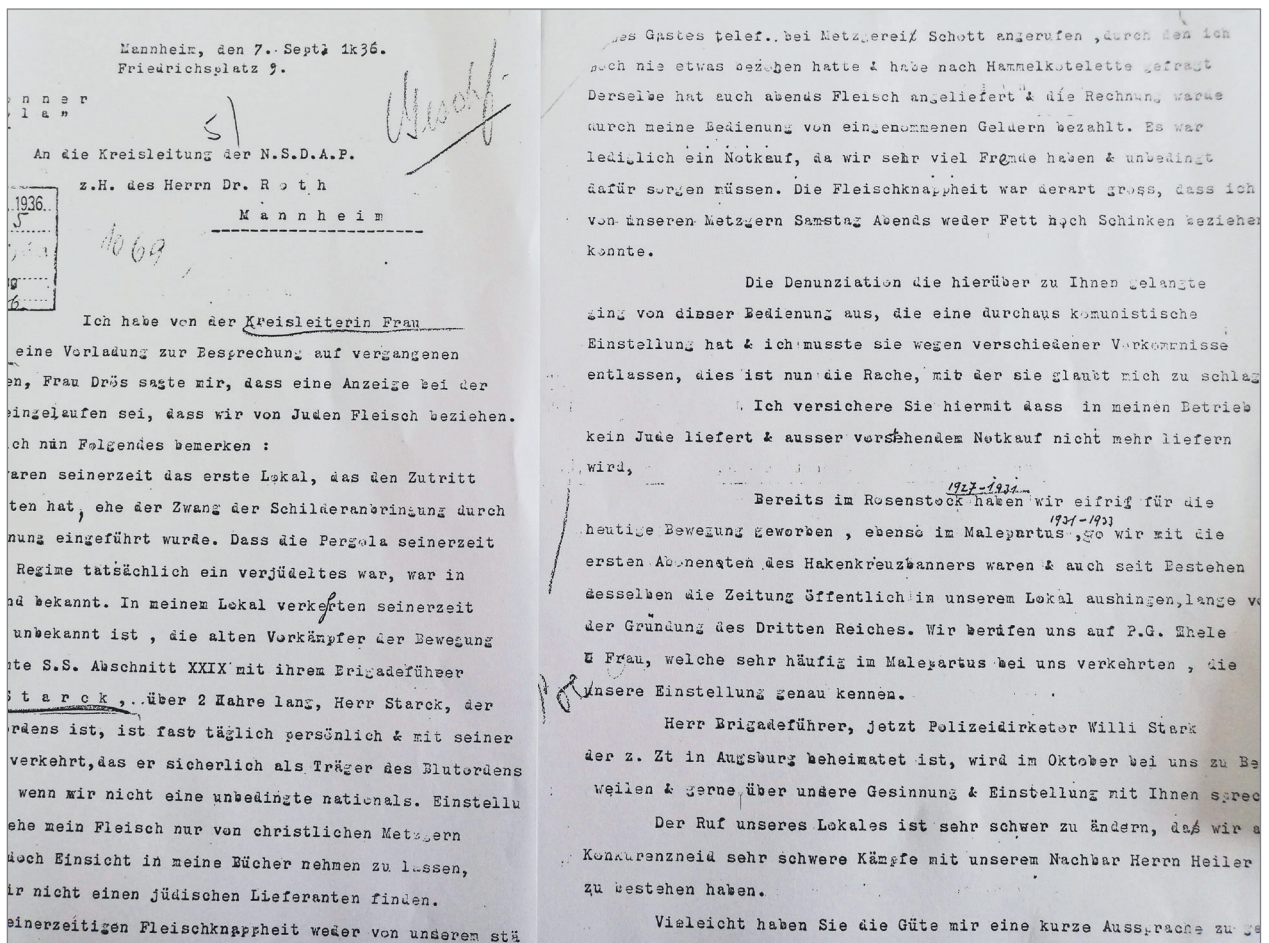


Abb. 3: Brief des Carl B. an die NSDAP-Kreisleitung Mannheim

ich mir über meine innere Haltung zu äussern: Ich bemühte mich unablässig darum, meine Pflicht im Dienste meiner deutschen Heimat zu erfüllen. [...] So veranlasste ich u. a. die üblich gewordenen Fahrten zu den Schillerbundfestspielen in Weimar. Seiner Zeit hatte ich in zwei Zeitungsaufsätzen (N.B.L. v. 3.5. und v. 24.7.24) die Aufmerksamkeit der breiteren Öffentlichkeit auf die Bedeutung der Festspiele für die deutsche Volksgemeinschaft gelenkt.

Seit dem Jahre 1925 wurde mir die Ausgestaltung der Schul- und Landheimfeste übertragen. Das deutsche Lied, die deutsche Ode, das klassische deutsche Drama, Göttts ‚Schwarzkünstler‘, Laienspiele von Luserke u. a. m. waren Gegenstand meiner stets einmütigen Zusammenarbeit mit den Schülern, deren hingebungsvoller und begeisterter Wille zur Gestaltung mir höchster Lohn war. Am deutlichsten durfte ich dieses bei den Theateraufführungen und Sprechchören erfahren. Ich habe den von mir in unserer Anstalt eingeführten Sprechchor ausschließlich in den Dienst der vaterländischen Dichtung gestellt. [...]

Meine Tätigkeit innerhalb und ausserhalb meines Berufes stand so bisher bewusst im aufbauwilligen Dienst am deutschen Volk und an der Wissenschaft. Mit dieser Einstellung weiss ich mich in innerem Einklang mit den Forderungen der nationalen Erneuerung, und ich bitte daher das Ministerium ganz ergebenst um Aufhebung meiner Beurlaubung zwecks Wiederaufnahme meines Dienstes. (Prof. Dr. Samuel B. 1933)

Sehr deutlich wird in diesen Auszügen das Bestreben B.'s, sich in eine ‚deutsche‘, ‚nationale‘, ‚vaterländische‘ Gemeinschaft einzuschreiben. Gleich zu Beginn ordnet er seine jüdische Abstammung, aufgrund derer er entlassen worden war, in ein regionales, konservatives und national gesinntes Setting ein.

### **AUCH AUS RASSISTISCHEN GRÜNDEN AUS DER ‚VOLKSGEMEINSCHAFT‘ AUSGEGRENZTE PERSONEN VERSUCHTEN ZUGEHÖRIGKEIT ZU BEANSPRUCHEN**

Der darauf folgende Verweis auf die Teilnahme am Ersten Weltkrieg findet sich in fast allen Bittschreiben diskriminierter deutscher Juden – auch weil dies eine

Zeit lang tatsächlich Ausnahmen von der antijüdischen Gesetzgebung ermöglichen konnte. Zwar hatte B. anscheinend nicht aktiv an Kampfhandlungen teilgenommen, dafür betonte er aber, dass er sich „freiwillig“ zum Dienst gemeldet habe, obwohl er hätte nach Hause gehen können. Bei der Beschreibung seines Aufgabenfeldes als Militärdolmetscher erwähnt er erneut das deutsch-nationale Element. Dies durchzieht ebenso als roter Faden die Schilderung seiner Arbeit an der Lessingschule: „im Dienste [s]einer deutschen Heimat“ habe er stets gewirkt, die Öffentlichkeit auf die Bedeutung der Schillerbundfestspiele „für die deutsche Volksgemeinschaft“ hingewiesen, nur „deutsche“ Werke behandelt, den Sprechchor „in den Dienst der vaterländischen Dichtung gestellt.“ Die Schlusspassage, in der B. bekräftigt, sein bisheriges Schaffen „im aufbauwilligen Dienst am deutschen Volk“ verrichtet zu haben, und sich damit „in innerem Einklang mit den Forderungen der nationalen Erneuerung“ wähnt, verdeutlicht einmal mehr seine Bemühungen, sich sprachlich-kollusiv in die nationale Gemeinschaft einzuschreiben. Insgesamt handelt es sich um einen Versuch, auf die identitären Anforderungen des Nationalsozialismus zu reagieren, das heißt, angenommene Elemente einer nationalsozialistischen Sollens-Identität für sich zu beanspruchen. Allerdings zeigen sich zugleich die Grenzen dieses Versuchs. Denn die deutsch-nationale Gemeinschaft, als deren Teil sich B. unter Verweis auf Handeln und Gesinnung beschrieb, war gerade dabei, sich als nationalsozialistische, und das hieß rassistisch-antisemitische, zu formieren. Insofern erscheint es nur konsequent, wenn die Direktion der Schule die Ausführungen von B. zwar bestätigte und ihm bescheinigte, „nach Fleiss, Befähigung und Leistungen über dem Durchschnitt“ zu liegen, im selben Schreiben aber auf einen Vorfall aus den Jahren 1930/31 hinwies, in dessen Rahmen ein Schüler, „wie der Lehrer behauptete aus antisemitischer Gesinnung (die jedoch nach der Behauptung des Schülers durch das Verhalten des Lehrers ihm gegenüber erst entstanden sei)“, in wochenlangen Konflikt mit B. geriet. Ließ die Schilderung dieser Episode den Lehrer bereits in zweifelhaftem Licht erscheinen, so macht die Schlusspassage des Schreibens die antisemitische Dynamik offenbar:

Für den Fall, dass Professor Dr. B. die mögliche Ausnahmebehandlung zugestanden wird, möchte ich darauf hinweisen, dass das Vorhandensein von drei jüdischen Lehrern an einer Anstalt für diese gerade unter den heutigen Verhältnissen eine besondere Belastung bedeuten würde. Ich stelle der Erwägung des Ministeriums anheim, ob Dr. B. dann nicht besser an eine andere hiesige höhere Lehranstalt mit keinem oder nur einem jüdischen Lehrer zu versetzen wäre. (Direktion des Realgymnasiums Lessingschule 1933)

Letztlich ausschlaggebend waren aus nationalsozialistischer oder behördlicher Perspektive im Falle als ‚jüdisch‘ diskriminierter Deutscher weder Leistung noch Gesinnung, sondern das ‚Jüdisch-Sein‘ selbst, das wiederum von verschiedenen nationalsozialistischen Instanzen fixiert wurde (Pegelow Kaplan 2009). Daher liefen die in Bittschreiben und Gesuchen formulierten Gegendiskurse dieser Personengruppe (vgl. hierzu ebd., S. 10 f. und S. 276), die andere Identitäten entwarfen (die des Frontkämpfers, des national Gesinnten, des Deutschen), meist ins Leere. Und dennoch griffen viele Diskriminierte und Verfolgte im Ringen um die eigene Existenz zum Mittel der Beschwerde oder des Gesuchs.

### Schlussbetrachtung

Die Analyse einiger zentraler diskursiver Merkmale der drei ausgewählten Beschwerdeschreiben bzw. Bittgesuche konnte lediglich Schlaglichter setzen. Um zu Aussagen auf einer höher aggregierten Ebene zu gelangen, müsste eine weitaus größere Anzahl von Schreiben ausgewertet werden.<sup>6</sup> Hier ging es lediglich um ein erstes Aufzeigen des Erkenntnispotenzials dieser Quellengruppe. Es sollte deutlich geworden sein, dass an Behörden und Parteiinstanzen gerichtete Beschwerde- und Bittschreiben aus der Bevölkerung grundsätzlich in spezifischen Kommunikationssituationen situiert waren, die, abhängig vom Anliegen, dem zeitlichen Rahmen sowie der Diskursposition der Schreibenden, von großen Machtasymmetrien gekennzeichnet wa-

ren. Hinsichtlich der Frage nach alltagssprachlicher Kollusion in diesen Schreiben ist außerdem festzuhalten, dass die eigenen Anliegen so formuliert werden mussten, dass sie bei den Adressaten möglichst Gehör fanden. Wie herausgestellt wurde, kam der temporalen Ebene bei der Konstruktion nationalsozialistischer bzw. nationaler Identität zentrale Bedeutung zu. Ebenso liefen die Einschreibungen oftmals über das Aufzeigen vergangener Opfer und Verdienste, sei es um die nationalsozialistische „Bewegung“ oder das „Vaterland“. Und schließlich fällt auf, dass es allen Schreibenden darum ging, zur Unterfütterung ihrer Anliegen die ‚richtige‘ Gesinnung zu demonstrieren. Sämtliche dieser Elemente, dies sollte deutlich geworden sein, waren allerdings den hier exemplarisch vorgestellten Diskurspositionen (‚alte Parteigenossen‘, ‚einfache Volksgenossen‘, ‚Ausgeschlossene‘) höchst unterschiedlich zugänglich. ■

### Anmerkungen

- <sup>1</sup> Siehe auch die Informationen zu den Projekten auf den Homepages: <[www1.ids-mannheim.de/lexik/sprachlicherumbbruch/sprachliche-sozialgeschichte-1933-bis-1945.html](http://www1.ids-mannheim.de/lexik/sprachlicherumbbruch/sprachliche-sozialgeschichte-1933-bis-1945.html)>; <[www.uni-paderborn.de/forschungsprojekte/hetwik/](http://www.uni-paderborn.de/forschungsprojekte/hetwik/)>.
- <sup>2</sup> Aus Platzgründen kann hier eine ausführliche Einordnung in die Geschichte Mannheims im Nationalsozialismus nicht erfolgen. Vgl. hierzu Fritsche (2013).
- <sup>3</sup> Ohne dass die genauen Hintergründe der Begebenheit genauer rekonstruiert werden können, lässt sie sich in eine Phase der nationalsozialistischen Machtetablierung einordnen, in denen ‚eigensinnige‘ Aktionen der SA im Namen der ‚Beruhigung der Wirtschaft‘ durchaus in einzelnen Fällen sanktioniert wurden, vgl. etwa Barkai (1988, S. 25).
- <sup>4</sup> Vor allem das adverbial gebrauchte Adjektiv ‚rückhaltlos‘ lässt sich in vielen offiziellen und propagandistischen Texten des Nationalsozialismus als Kennzeichnung ‚wahrer‘ Gesinnung und Anforderung an die ‚Volksgenossen‘ finden, wie ein Blick in das Cosmas-Korpus des Projekts zeigt. Auch an bestimmten Adjektiven lässt sich also sehr deutlich zeigen, wie propagandistische Formeln und alltagssprachliche Verwendungsweisen zusammenspielten.

- <sup>5</sup> Auf die Konstruktion der Fremdbilder (eine „Bedienung, die eine durchaus kommunistische Einstellung hat“ sowie ein „Nachbar Herr Heiler“, mit dem man „aus Konkurrenzneid sehr schwere Kämpfe zu bestehen“ habe), die in diesem Schreiben auftauchen, kann an dieser Stelle nicht eingegangen werden.
- <sup>6</sup> Genau dies versucht der Verfasser im Rahmen eines Postdoc-Projekts zu „Beschwerde- und Bittschreiben während des Nationalsozialismus“ zu leisten.

## Literatur

- Barkai, Avraham (1988): Vom Boykott zur „Entjudung“. Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933-1943. Frankfurt a. M.: Fischer.
- Bock, Gisela (1986): Zwangssterilisation im Nationalsozialismus: Studien zur Rassenpolitik und Frauenpolitik. Zugl. Habil. (= Schriften des Zentralinstituts für Sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin 48). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Braun, Christian A. (2007): Nationalsozialistischer Sprachstil. Theoretischer Zugang und praktische Analysen auf der Grundlage einer pragmatisch-textlinguistisch orientierten Stilistik. Zugl. Diss. (= Sprache, Literatur und Geschichte. Studien zur Linguistik/Germanistik 32). Heidelberg: Winter.
- Caroli, Michael (2009): 1933-1939. Keine „Hauptstadt der Bewegung“. In: Nieß, Ulrich/Caroli, Michael (Hg.): Geschichte der Stadt Mannheim. Bd. 3: 1914-2007. Heidelberg (u. a.): Verlag Regionalkultur, S. 224-351.
- Diekmannshenke, Hajo (2018): Zwischen inszenierter Normalität und Propaganda. Feldpostbriefe aus den Jahren 1939 bis 1945. In: Kämper, Heidrun / Schuster, Britt-Marie (Hg.), S. 163-189.
- Diewald-Kerkmann, Gisela (1995): Politische Denunziation im NS-Regime oder die kleine Macht der „Volksgenossen“. Zugl. Diss. Bonn: Dietz.
- Föllmer, Moritz (2013): Wie kollektivistisch war der Nationalsozialismus? Zur Geschichte der Individualität zwischen Weimarer Republik und Nachkriegszeit. In: Kundrus, Birte / Steinbacher, Sybille (Hg.): Kontinuitäten und Diskontinuitäten. Der Nationalsozialismus in der Geschichte des 20. Jahrhunderts. (= Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus 29). Göttingen: Wallstein, S. 30-52.
- Fritsche, Christiane (2013): Ausgeplündert, zurückerstattet und entschädigt. Arisierung und Wiedergutmachung in Mannheim. 2. Aufl. (= Sonderveröffentlichung des Stadtarchivs Mannheim – Institut für Stadtgeschichte 39). Heidelberg (u. a.): Verlag Regionalkultur.
- Gellately, Robert (2002): Hingeschaut und weggesehen. Hitler und sein Volk. Stuttgart / München: DVA.
- Horan, Geraldine (2007): „Er zog sich die ‚neue Sprache‘ des ‚Dritten Reiches‘ über wie ein Kleidungsstück“: Communities of practice and performativity in national socialist discourse. In: Linguistik Online 30, 1, S. 57-80.
- Kämper, Heidrun (2018): Sprachliche Sozialgeschichte 1933 bis 1945 – ein Projektkonzept. In: Kämper, Heidrun / Schuster, Britt-Marie (Hg.), S. 9-25.
- Kämper, Heidrun / Schuster, Britt-Marie (Hg.) (2018): Sprachliche Sozialgeschichte des Nationalsozialismus. Tagung „Sprachliche Sozialgeschichte des Nationalsozialismus“. (= Sprache – Politik – Gesellschaft 24). Bremen: Hemen.
- Latzel, Klaus (1998): Deutsche Soldaten – nationalsozialistischer Krieg? Kriegserlebnis – Kriegserfahrung, 1939-1945. Zugl. Diss. (= Krieg in der Geschichte 1). Paderborn (u. a.): Schöningh.
- Lüdtke, Alf (2016): Introductory Notes. In: Lüdtke, Alf (Hg.): Everyday life in mass dictatorship. Collusion and evasion. London: Palgrave Macmillan, S. 3-12.
- Maas, Utz (1984): „Als der Geist der Gemeinschaft eine Sprache fand“. Sprache im Nationalsozialismus. Versuch einer historischen Argumentationsanalyse. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Maas, Utz (1989): Sprache im Nationalsozialismus. Analyse einer Rede eines Studentenfunktionärs. In: Ehlich, Konrad (Hg.): Sprache im Faschismus. (= Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft 760). Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 162-197.
- Merl, Stephan (2012): Politische Kommunikation in der Diktatur. Deutschland und die Sowjetunion im Vergleich. (= Das Politische in der Kommunikation 9). Göttingen: Wallstein.
- Müller, Sven Oliver (2007): Deutsche Soldaten und ihre Feinde. Nationalismus an Front und Heimatfront im Zweiten Weltkrieg. Frankfurt a. M.: S. Fischer.

- Neitzel, Sönke / Welzer, Harald (2011): Soldaten: Protokolle vom Kämpfen, Töten und Sterben. 2. Aufl. Frankfurt a. M.: S. Fischer.
- Pegelow Kaplan, Thomas (2009): The language of Nazi genocide. Linguistic violence and the struggle of Germans of Jewish ancestry. Cambridge: Cambridge University Press.
- Römer, Felix (2012): Kameraden. Die Wehrmacht von innen. München / Zürich: Piper.
- Sauer, Christoph (2017): 1933-1945. In: Niehr, Thomas / Kilian, Jörg / Wengeler, Martin (Hg.): Handbuch Sprache und Politik in 3 Bänden. Bd. 3. (= Sprache – Politik – Gesellschaft 21, 3). Bremen: Hempen, S. 975-998.
- Schmitz-Berning, Cornelia (2007): Vokabular des Nationalsozialismus. 2. durchges. und überarb. Aufl. Berlin / New York: de Gruyter.
- Schuster, Britt-Marie (2018): Heterogene Widerstandskulturen zwischen 1933 und 1945 und ihre sprachlichen Praktiken – ein Projekt. In: Kämper, Heidrun / Schuster, Britt-Marie (Hg.), S. 27-49.
- Steuwer, Janosch (2017): „Ein Drittes Reich, wie ich es auffasse“. Politik, Gesellschaft und privates Leben in Tagebüchern 1933-1939. Göttingen: Wallstein..
- Vossen, Johannes (2001): Gesundheitsämter im Nationalsozialismus. Rassenhygiene und offene Gesundheitsfürsorge in Westfalen 1900-1950. Zugl. Diss. (= Düsseldorfer Schriften zur neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens 56). Essen: Klartext.

## Quellen

- Karl F. (1933): Schreiben an Adolf Hitler, 31. Juli 1933. In: MARCHIVUM, D 01, 16 / 1967, 253. Mannheim: Marchivum.
- Carl B. (1936): Schreiben an die Kreisleitung der NSDAP z. H. des Herrn Roth, 7. September 1936. In: MARCHIVUM, D 01, 16 / 1967, 253. Mannheim: Marchivum.
- Prof. Dr. Samuel B. (1933): Schreiben an das Badische Unterrichtsministerium, 15. Mai 1933. In: MARCHIVUM, Kleine Erwerbungen, KE 1420. Mannheim: Marchivum.
- Direktion des Realgymnasiums Lessingschule an das Ministerium des Kultus und Unterrichts (1933): Schreiben vom 22. Mai 1933. In: MARCHIVUM, Kleine Erwerbungen, KE 1420. Mannheim: Marchivum.

## Bildnachweis

- Abb. 1: Kathrin Schwab ■